

Kirchenpolitik am Scheideweg. Ein Dokument der Angst und der Ohnmacht

Joachim Heise

Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre verschlechterte sich die internationale Lage deutlich. Im Dezember 1979 fasste die NATO ihren folgenschweren Nachrüstungsbeschluss. Die sowjetische Führung entschloss sich wenige Tage vor dem Jahreswechsel 1979/1980 zu einem militärischen Eingreifen in Afghanistan, um das dortige prosovietische Regime zu retten. Aus Protest gegen den Einmarsch in Afghanistan boykottierten die USA und andere westliche Staaten die Olympischen Spiele in der sowjetischen Hauptstadt Moskau.

In Polen spitzte sich die Krise weiter zu. Streiks erschütterten das Land. Die Versorgungslage der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern verschlechterte sich weiter. Die Autorität der staatstragenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) verfiel in einem rasanten Tempo. Die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* gewann immer mehr Anhänger, auch unter den Mitgliedern der PVAP. Sie wurde im November 1980 offiziell registriert. Ein drohender Generalstreik konnte nur durch die Vermittlung des polnischen Episkopats abgewendet werden. Im Juni schrieb das ZK der KPdSU einen Brief an die polnische Parteiführung und übte darin scharfe Kritik an deren bisherigem innenpolitischen Vorgehen. Erinnerungen an den Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages in die ČSSR 1968 wurden nicht nur in Polen wach.

In dieser angespannten internationalen Situation bemühten sich die Verantwortlichen in beiden deutschen Staaten, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Mit seiner Rede in Gera am 13. Oktober 1980 belastete Erich Honecker allerdings das filigrane Beziehungsgefüge zwischen Bundesrepublik und DDR und löste in der politischen Klasse der Bundesrepublik heftige Kontroversen über den richtigen deutschlandpolitischen Kurs aus. Honecker hatte in Gera unter anderem die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, den Austausch von Botschaftern, die Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe sowie die Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter gefordert.

Als im April 1981 die Delegierten des X. SED-Parteitag in Berlin zusammenkamen, um die „Linie“ für die nächsten fünf Jahre abzustecken, sah sich die SED-Führung mit komplizierten innen- und außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert. Mit zunehmendem Argwohn beobachtete die Moskauer Führung die Politik der Honecker-Führung gegenüber dem Westen im Allgemeinen und der Bundesrepublik Deutschland im Besonderen. Auch in der Wirtschaftspolitik nahmen die Differenzen zwischen den Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu. Die zentrifugalen Kräfte im Ostblock wurden stärker. Die Eigeninteressen der einzelnen Länder gewannen mehr und mehr Oberhand über die verbal beschworene und real tatsächlich intensiver werdende Zu-

sammenarbeit im RGW. Außerordentliche Belastungen gingen vom internationalen Energie- und Rohstoffmarkt aus. Die UdSSR hatte in diesem Zusammenhang eine Verminderung der Erdöllieferungen angekündigt, was die von Rohstoffen aus der UdSSR besonders abhängige DDR-Wirtschaft hart traf.

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR wuchsen bei immer mehr DDR-Bürgern aus allen Schichten der Bevölkerung die Zweifel an der Realisierbarkeit der hochgesteckten volkswirtschaftlichen Ziele und sozialen Versprechungen der SED. Sie spürten immer deutlicher den Widerspruch zwischen dem, was die DDR-Propaganda tagtäglich verbreitete, und der Wirklichkeit in ihren Betrieben und in ihrem Alltag. Die zunehmende Zahl der Westreisenden belegte und mehrte diese Zweifel und verstärkte die Unzufriedenheit mit der tatsächlichen Lage im Land. Selbst unter den Mitgliedern und Funktionären der SED auf der unteren und mittleren Ebene und den Verantwortungsträgern in Politik und Wirtschaft, die mit immer neuen Problemen konfrontiert waren, begann es zu rumoren. Zudem musste die SED-Führung angesichts der Entwicklung in Polen fürchten, der „polnische Bazillus“ könnte auch auf die DDR übergreifen. Die Aufhebung des pass- und visafreien Verkehrs zwischen der DDR und Polen im Oktober 1980 war nur eine der vielen hilflosen Aktionen der SED- und DDR-Führung, um mögliche Gefahren abzuwenden.

Die ehrgeizigen außenpolitischen Ziele der DDR, die volle völkerrechtliche Anerkennung des ostdeutschen Staates und seine internationale Aufwertung, erschiene der SED-Führung nur erreichbar, wenn die innere Stabilität der DDR garantiert und ihr Bild in der westlichen Öffentlichkeit möglichst makellos erschien. Viele Probleme, die die innere Stabilität der DDR infrage stellten und schließlich am Ende des Jahrzehnts zu ihrem Untergang führten, wurden daher nicht angepackt, sondern nur „verwaltet“, das hieß: totgeschwiegen oder mit zunehmend unerträglich werdender Erfolgspropaganda zugedeckt.

Ein wichtiger Faktor für die gewünschte innere Stabilität der DDR und ihre außenpolitische Reputation stellten die Kirchen mit ihren Millionen Mitgliedern dar. Für viele Menschen in der DDR wurden sie in dieser Zeit zum „Mund der Stummen“. Gerade junge Menschen begannen, sich Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre in Friedens-, Bürgerrechts- und Umweltfragen zu engagieren und zusammenzuschließen. Die DDR-Staatsgewalt ließ dafür keine speziellen neuen Artikulationsräume zu, aus Angst vor unkalkulierbarer Emanzipation. Viele der in dieser Zeit entstehenden Gruppen suchten daher unter dem Dach der Kirche für ihre Anliegen nach Raum und Schutz.

Die Politik der Konfliktvermeidung bzw. der Konfliktminimierung, die seit einiger Zeit die ostdeutschen Staat-Kirche-Beziehungen stärker als je zuvor beherrschte, hatte ihren sichtbaren Ausdruck in dem Spitzengespräch zwischen Erich Honecker und den Verantwortlichen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR am 6. März 1978 gefunden. Sie hatte zwar zu einer Versachlichung der Begegnungen und zu besseren Arbeitsbedingungen der Kirchen geführt, der Grundkonflikt zwischen beiden Seiten bestand aber dennoch fort und brach, allen Beschwörungen des „Geistes der 6. März“ zum Trotz, immer wieder

offen aus. Besonderen Protest seitens der Kirchen rief 1978 die Einführung des Wehrunterrichts in den Schulen hervor. Ein Grundsatzgespräch dazu lehnte das Ministerium für Volksbildung der DDR ab.

Anfang der 1980er-Jahre gewannen in der DDR-Kirchenpolitik die restriktiven, destruktiven, kontrollierenden und sicherheitspolitischen Aspekte deutlich an Gewicht. In den Augen der SED-Führung und der Verantwortlichen der Staatsicherheit blieben die Kirchen trotz aller „Erfolge“ immer „unsichere Kontonisten“, eine gefährliche Größe, die beobachtet, kontrolliert und in ihrer öffentlichen Wirksamkeit eingeschränkt werden müsse. Die Entwicklung in Polen, die Aktivitäten der kirchlichen Friedens- und Umweltgruppen in der DDR, die kirchliche Basisinitiative für einen sozialen Friedensdienst führten zu immer nervöseren Abwehrreaktionen durch die kirchenpolitisch Verantwortlichen in SED und Staat. Zugleich sorgte die wachsende Zahl der Ausreisewilligen, die bei den Kirchen Hilfe suchten, für Gereiztheit. Die Bereitschaft zu einem härteren Vorgehen wuchs in dem Maße, wie sich der Druck aus den Kirchen und aus den unter ihrem Dach agierenden Gruppen verstärkte und ein immer breiteres Echo in der DDR-Bevölkerung, auch bei Nicht-Christen, fand.

Die Zeit war reif für Reformen. Die Zeit war reif, die zunehmende Verkrustung und Erstarrung der DDR-Gesellschaft aufzubrechen und die Abschottungs- und Abgrenzungspolitik zu beenden.

Die SED-Führung verstand diese Zusammenhänge nur in sehr begrenztem Maße. Offenheit und Gesprächsbereitschaft in der Außenpolitik waren auf Dauer nur glaubwürdig, wenn sie mit Reform- und Dialogbereitschaft in der Innenpolitik korrespondierten. Die SED begrenzte mit Rücksicht auf außenpolitische Akzeptanz ihr Vorgehen gegen kritische Stimmen aus den Kirchen und von oppositionellen Gruppen, die sich unter dem Dach der Kirchen sammelten, in gewisser Weise. Der Umgang mit Kirchen und Christen war vom Westen, insbesondere seit Abschluss der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975, zu einem wichtigen Kriterium für die politische Glaubwürdigkeit der kommunistisch geführten Regierungen in den Staaten des sowjetischen Einflussbereichs erhoben worden. Die Tagung des Zentralaussschusses des Weltkirchenrates (Ökumenischer Rat der Kirchen, ÖRK) im August 1981 in Dresden sollte vor aller Welt demonstrieren, dass die DDR ein Staat ist, der sich dem Frieden und dem Wohl des Volkes verpflichtet fühlt, in dem die Kirchen gute Wirkungsmöglichkeiten hätten und wo Christen als gleichberechtigte und gleichgeachtete Bürger leben könnten. Zugleich erkannten Honecker und seine Umgebung nicht die innere Notwendigkeit politischer Reformen im Sinne echter demokratischer Volksbeteiligung am Sozialismus.

Das nachfolgend edierte Dokument ist datiert: 15. Juli 1981. Es entstand also genau einen Monat vor der Sitzung des Zentralaussschusses des ÖRK in Dresden. Unklar ist, wer der Verfasser dieses Papiers war und welche Verwendung es gefunden hat. In jedem Fall lag es der für Kirchenfragen zuständigen Abteilung XX/4 des Ministeriums für Staatssicherheit vor.

Der Bericht folgt dem gängigen Schema derartiger Vorlagen: Eingangs werden kurz die Erfolge der Politik der SED beschrieben und danach die als „gefährlich“ eingestuft Befunde aufgelistet, um in einem anschließenden dritten Teil einen Maßnahmenkatalog vorzulegen, mit dessen Hilfe die beschriebenen Gefahren zumindest eindämmt werden sollen. „Analysen“ von der Machart der vorliegenden sind typisch für das letzte Jahrzehnt der DDR. Sie sind Belege für die Ignoranz der SED-Führung, die die Defizite der DDR-Gesellschaft nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Die beschriebenen Sachverhalte wurden auch nicht als echte innere, kirchenpolitische Probleme begriffen. Es wurde so getan, als schürten vom Westen unterstützte „negativ-feindliche kirchliche Kräfte“ Unruhe in der DDR-Bevölkerung, um das ansonsten schöne und harmonische Zusammenleben der Menschen und die viel beschworene „Einheit von Volk und Partei“ zu untergraben. Die in derartigen Papieren unterbreiteten Vorschläge zur Abwendung der „Gefahren“ entpuppen sich bei genauerem Hinschen als Zeugnisse der Selbsttäuschung und Hilflosigkeit. Es genügte nämlich Anfang der 1980er-Jahre nicht mehr, alle einschlägigen Instanzen, Organisationen und staatlichen Stellen in Bewegung zu setzen, um politisch-ideologischen Aktionismus vorzutäuschen. Es genügte nicht mehr, die Kritiker mundtot zu machen.

Die tatsächlichen Defizite des politischen Systems in der DDR und die fehlende Kraft und Effizienz der Volkswirtschaft zu thematisieren gelang jedoch nicht. Die mangelnde demokratische Substanz in der Gesellschaft zu erkennen und nach grundlegenden Veränderungen zu suchen, waren die SED und vor allem ihre Führung seit Beginn der 1980er-Jahre immer weniger willens und fähig.

Dokument

Hinweise zu politisch bedeutsamen Entwicklungen und Vorgängen in den Kirchen und Religionsgemeinschaften der DDR
 Berlin, 15. Juli 1981

Es ist festzustellen, daß die Anzahl realistisch denkender, loyal eingestellter und progressiver Kräfte in den Kirchen und Religionsgemeinschaften der DDR wahrnehmbar angewachsen ist und deren Einfluß zugenommen hat. Dazu trug das Grundsatzgespräch vom 6. März 1978¹ in entscheidendem Maße bei, blieb auch auf die Verbesserung des Verhältnisses der katholischen Kirche zum sozialistischen Staat der DDR nicht ohne Einfluß und ließ letztendlich auch das Gespräch anläßlich des Antrittsbesuchs des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz beim Vorsitzenden des Staatsrates² möglich werden.

1 Gemeint ist das Treffen Erich Honeckers mit dem Vorstand der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR am 6.3.1978. Siehe Einleitung.

2 Gemeint ist das Gespräch zwischen Erich Honecker und Bischof Gerhard Schaffran am 15.1.1981.

Im engen Zusammenhang mit den zwei Haupttendenzen in der Entwicklung der internationalen Lage spitzen sich auch im Bereich der Kirchen die Auseinandersetzungen zwischen den progressiven und loyalen Kräften auf der einen und feindlich-negativen Kräften auf der anderen Seite immer mehr zu. Das führt zu einer breiteren Differenzierung und Polarisierung unter den verschiedensten religiösen Personenkreisen. Feindlich-negative Kräfte nutzen die sich ihnen dabei bietenden Möglichkeiten, die Kirchen als Träger bürgerlicher Ideologien für ihre antisozialistischen Ziele zu mißbrauchen und praktizieren die klerikale Theorie von der „Kirche als Freiraum für Andersdenkende“.

Aktivitäten zum Unterlaufen des Abgrenzungsprozesses zwischen den beiden deutschen Staaten

Nach wie vor wird der Abgrenzungsprozeß zwischen den Kirchen der DDR und denen der BRD unterlaufen. Obwohl offiziell eine organisatorische und juristische Trennung zwischen den evangelischen Kirchen der DDR und denen der BRD durch die Gründung eines Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR erfolgte,³ sind besonders von der „Evangelischen Kirche Deutschlands“ in der BRD ausgehende Aktivitäten erkennbar, vor allem unter Mißbrauch der Möglichkeiten des Reiseverkehrs diese Abgrenzung zu unterlaufen und Versuche zu unternehmen, die Bonner Fiktion von der Kirche als „gesamtddeutsche Klammer“ neu zu beleben.

Andererseits sind auch die evangelischen Kirchen in der DDR noch nicht durchgängig bereit, ihre Beziehungen zur „Evangelischen Kirche in Deutschland“ in die allgemeine Ökumene einzugliedern. Das ergibt sich auch insbesondere aus der ständigen finanziellen Abhängigkeit von den Kirchen in der BRD. (letzteres ist auch auf die katholische Kirche zutreffend)

Die katholische Kirche in der DDR hat die juristische Trennung von der BRD-Kirche noch nicht vollzogen.

Sichtbarer Ausdruck der auf das Unterlaufen des Abgrenzungsprozesses abzielenden Aktivitäten sind u. a.:

regelmäßig offizielle und als Privatbesuche abgedeckte Einreisen kirchenleitender Personen aus der BRD zu Kirchengremien und kirchenleitenden Personen in der DDR sowie deren Teilnahme an Sitzungen, Konferenzen, Synoden, Kirchentagungen;

Ausweitung der Reisetätigkeit kirchenleitender Personen aus der DDR in die BRD und andere nichtsozialistische Staaten im Zusammenhang mit der Organisation gemeinsamer Tagungen und Beratungen sowohl auf kirchenleitender als auch auf unterer Ebene, verschiedentlich verbunden mit der Abfassung gemein-

3 Am 10.6.1969 trat die Grundordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) in Kraft. Damit war die organisatorische und juristische Verselbstständigung der acht evangelischen Landeskirchen in der DDR von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vollzogen.

samer Erklärungen zu gesellschaftspolitischen Ereignissen (z. B. 40. Jahrestag der Kristallnacht und des Beginns des 2. Weltkrieges);

Schaffung bestimmter Konsultationsorgane (u. a. „Ost-West-Kommission“ beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der „Evangelischen Kirchen Deutschlands“ in der BRD);⁴

Versuche der Isolierung politisch progressiver, kirchlicher Personen in der DDR durch Verleumdung, Entstellung politisch positiver Äußerungen, innerkirchliche disziplinarische Maßnahmen usw.;

innerkirchliche Auseinandersetzungen mit dem Ziel der Neu- bzw. Umbesetzung leitender Kirchenpositionen durch Personen mit prowestlichen und antisozialistischen Haltungen.

Deutlicher Ausdruck der Demonstration „gesamtdeutschen Handelns“ war beispielsweise auch der Versuch politisch-klerikaler Kreise der BRD und der DDR, in beiden deutschen Staaten gleichzeitig „Bußgottesdienst für den Frieden“ mit einer „Gedenkminute“ durchzuführen.⁵ Diese Aktion erhielt durch die Entwicklung der Situation in der VR Polen und die dortigen Streikaktionen besondere politische Relevanz.

Parallel zur spektakulären Aufwertung innerkirchlicher Auseinandersetzungen der DDR zu gesellschaftlichen Problemen (z. B. im Rahmen von Synoden, Kirchentagen, kirchlichen Konferenzen u. a.) und der Rolle der Kirchen in der DDR generell, wird in den westlichen Massenmedien die Politik der SED und der Regierung der DDR in Kirchenfragen zunehmend diffamiert. Von negativen kirchlichen Kräften werden diese Diffamierungen zunehmend aufgegriffen und in politisch-negative Aktivitäten umzusetzen versucht. Außerdem werden Falschmeldungen, die Informationen über eine angebliche Behinderung des religiösen Lebens in der DDR zum Inhalt haben, veröffentlicht. Sie werden ergänzt durch Meldungen, die Entstellungen innerkirchlicher Vorgänge und Verlautbarungen zum Inhalt haben, die Kirche sei in der DDR die einzige legale Opposition. Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen und akkreditierte Korrespondenten nichtsozialistischer Staaten in der DDR, insbesondere aus der BRD und den USA, bemühen sich verstärkt um Kontakte und Verbindungen zu kirchlichen Amtsträgern und Theologen aus der DDR. Diesen Kontaktbestrebungen liegen neben einem zunehmenden Interesse an der Erlangung von Informationen zu innerkirchlichen Problemen in Zusammenhang mit gesellschaftspoliti-

4 Im Dezember 1969 nahm die sogenannte Beratergruppe ihre Arbeit auf. Dabei handelte es sich um ein gemischtes Gremium aus je 15 Vertretern der EKD sowie des BEK. Die Gruppe traf sich bis zum Ende des Kirchenbundes 1991 in der Regel alle sechs Wochen.

5 Gemeint ist der Beschluss der Konferenz der Kirchenleitungen des BEK vom 23.10.1980. Er sah vor, am Bußtag, dem 19.11.1980, in den Gemeinden Bußgottesdienste für den Frieden zu gestalten, ein Friedensgebet zu sprechen und eine Gedenkminute, verbunden mit Glockengeläut, zu halten. Gleiches sollte auch in Gemeinden der evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik geschehen.

schen Prozessen in der DDR offensichtlich auch Absichten zu Grunde, vorgeannten Personenkreis im westlichen Sinne verstärkt zu beeinflussen.

Als eine weitere Form der Versuche des Unterlaufens des Abgrenzungsprozesses und der Inspirierung/Organisierung feindlich-negativer Aktivitäten gegen die DDR ist die als Bestandteil der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit in den letzten Jahren erheblich forcierte und ausgebaut sogenannte Partnerschaftsarbeit⁶ anzusehen.

Seitens der Kirchen der BRD sind organisierte Verbindungen zu den Kirchen der DDR auf allen Ebenen geschaffen worden, die im Interesse der Weiterführung und Abdeckung privatisiert wurden, so u. a. zwischen den Landeskirchen, Kirchenkreisen und Kirchengemeinden, den evangelischen und katholischen Studentengemeinden sowie den Jungen Gemeinden, aber auch zwischen den kirchlichen Ausbildungsstätten, Krankenhäusern und Pflegeheimen.

Unter Ausnutzung des Reise- und Touristenverkehrs finden auf dem Territorium der DDR regelmäßig Begegnungen und Treffen in kircheneigenen Räumen, in Touristenzentren und während der Leipziger Messen statt. (Diese Treffen werden zum Teil vom Ministerium für „Innerdeutsche Beziehungen“ der BRD subventioniert.)

Schwerpunkte bilden dabei Kontaktaktivitäten der Evangelischen und Katholischen Studentengemeinden. Darüber hinaus werden in Drittländern, besonders in der VR Polen, in der ČSSR, in der VR Bulgarien und in der VR Ungarn gemeinsame Treffen und Ferienaufenthalte organisiert.

In die auf allen Ebenen organisierte Kontakttätigkeit ordnen sich gleichfalls die Aktivitäten einer Reihe feindlich-negativer bzw. klerikaler Organisationen nicht-sozialistischer Staaten ein, die im Sinne des Unterlaufens des Abgrenzungsprozesses versuchen, Druck auf die Kirchenleitungen der DDR auszuüben, klerikale Kräfte in der DDR zu subversiven Aktivitäten zu inspirieren bzw. personelle Stützpunkte in der DDR zu schaffen. Bisher traten u. a. derart in Erscheinung:

„Paneuropäisches Studienwerk e. V.“, Bad Oeynhausen (Brüsewitz-Zentrum);

Missionsbund „Licht im Osten“, Korntal/BRD;

„Christliche Ostmission“, Schwalheim/BRD;

„Osteuropa-Mission“, Westberlin;

„Missionswerk Evangelica“, Amberg/BRD;

„Slawische Ostmission“, Stockholm/Schweden;

„Open door“, Appeldorn/Niederlande;

„Verein Glaube in der 2. Welt“, Schweiz/BRD.

Nachgewiesen wurde, daß die genannten klerikalen Organisationen ihre subversiven Aktivitäten gegen die sozialistischen Staaten koordinieren und insbesondere unter Anwendung konspirativer Mittel und Methoden versuchen, nichtlizenzierte Druckerzeugnisse religiösen und antikommunistischen Inhalts, Tonträger,

6 Gemeint sind partnerschaftliche Beziehungen zwischen einzelnen evangelischen Gemeinden in beiden deutschen Staaten.

Vervielfältigungsgeräte und Fototechnik unter Umgehung der zollrechtlichen Bestimmungen der DDR in die DDR bzw. durch die DDR in andere sozialistische Länder einzuführen.

Versuche klerikaler Kräfte der DDR zur Erweiterung ihres Einflusses und damit im Zusammenhang stehende Aktivitäten des Mißbrauchs kirchlicher Tätigkeit.

In zunehmendem Maße und mit erheblicher Intensität versuchen politisch negative Kräfte in den Kirchen der DDR, die Ergebnisse der sich in den letzten Jahren vollzogenen positiven Entwicklungen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirchen in der DDR rückgängig zu machen. Ihre Absichten sind darauf gerichtet, die Kirchen insgesamt auf einen Konfrontationskurs zu drängen, sich in innere staatliche Angelegenheiten einzumischen und negative bzw. ungefestigte und schwankende kirchlich gebundene Personen zu antisozialistischen Haltungen und Handlungen zu initiieren. Unter Anknüpfung an kleinbürgerliche Denk- und Verhaltensweisen, Traditionspflege usw. versuchen sie gleichfalls Einfluß auf politisch loyale Personen in leitenden kirchlichen Gremien zu gewinnen.

Der Einfluß der genannten politisch negativen Kräfte führt u. a. auch dazu, daß im Zusammenhang mit der Durchsetzung staatlicher Maßnahmen im Rahmen grundsätzlicher gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse immer wieder die Kirchen ihr sogenanntes Wächteramt⁷ unterstreichen, Positionen der „kritischen Distanz“ gegenüber Staat und Gesellschaft zum Ausdruck bringen und mittels Stellungnahmen, Briefen, Gesprächen u. a. ihre gegensätzlichen Ansichten offen vertreten.

Das trifft insbesondere zu auf Probleme der sozialistischen Erziehungs- und Bildungspolitik, der Friedens- und Verteidigungspolitik, besonders im Zusammenhang mit der Einführung des Wehrunterrichts an den POS [Polytechnischen Oberschulen],⁸ der Kulturpolitik usw. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß insbesondere von den Kirchenleitungen der Landeskirche Sachsen (Dresden) und der Kirchenprovinzen Sachsen (Magdeburg) in letzter Zeit vorgenannte Kräfte unterstützt wurden.

Eine Vielzahl Aktivitäten fast aller Kirchenleitungen richtete sich gegen den Wehrunterricht in den POS. Außerdem inspirierte dieses Verhalten kirchenleitender Gremien und Personen politisch negative Kräfte zur Erarbeitung von Orientierungshilfen und sogenannten Handreichungen, wie z. B. der „Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtige“ oder der Orientierungshilfe zum „Wort

7 Unter „Wächteramt“ verstehen Kirchenvertreter allgemein eine besondere kirchliche Verantwortung und kritische Rolle der Kirchen gegenüber aktuellen politischen Geschehnissen und gesellschaftlichen Veränderungen.

8 Die Einführung des Wehrunterrichts für die Schüler der 9. und 10. Klassen ab dem 1.9.1978 erfolgte auf der Grundlage der Direktive Nr. 3 des Ministeriums für Volksbildung der DDR vom 1.2.1978.

an die Gemeinden“ im Zusammenhang mit der Willenserklärung der DDR-Bürger im Jahr 1979.⁹

Damit war beabsichtigt, feindlich negative vorher immer mit Bindestrich Aktionen sowie offene Provokationen von einzelnen Personen abzublocken und die strafrechtliche Relevanz derartiger Handlungen zu unterlaufen, aber zugleich die Ablehnung bzw. Einschränkung bestimmter gesellschaftspolitischer Maßnahmen und Prozesse in der DDR durch ein selbst auferlegtes Mitspracherecht zu legalisieren.

Die feindlich negative Einstellung eines Teils kirchlicher Amtsträger in der DDR zeigt sich darüber hinaus in der offenen Solidarisierung mit negativen Kulturschaffenden der DDR, in der Einbeziehung dieser Personen in kirchliche Veranstaltungen (HEYM¹⁰).

(Es wird eingeschätzt, daß nach Gesprächen mit kirchlichen Vertretern eine Ausweitung dieser Praktiken nicht festzustellen ist, jedoch die bekannt gewordenen Inspiratoren derartiger Aktivitäten nach wie vor an einer Weiterführung interessiert sind.)

Als eine Form der Gemeindeförderung und der negativen Einflußnahme auf Personen bietet die Haus- und Akademikerkreisarbeit der Kirchen¹¹ durch ihre „private nichtöffentliche Form“ den Kirchen relativ günstige Möglichkeiten, wachsenden Einfluß insbesondere auf Angehörige der Intelligenz zu gewinnen. Die Diskussionsthemen beinhalten vorrangig Probleme, die von kirchlichen Personen zu Angriffen gegen die sozialistischen Verhältnisse herangezogen werden, wie Fragen zur Militärpolitik, Bildungspolitik usw. Aus dem Bereich der katholischen Kirche wurden in unmittelbar zurückliegender Zeit keine offenen Angriffe gegen die sozialistischen Verhältnisse in der DDR bekannt.

(Mit dem zur Bußzeit 1981 verlesenen Hirtenbrief¹² – Angriffe gegen die kommunistische Erziehung der Jugend sowie gegen die Jugendweihe – sollte offensichtlich demonstriert werden, daß sich an der praktizierten Grundhaltung der katholischen Kirche in der DDR nichts ändert.)

9 In einem „Wort an die Gemeinden“ vom 1.11.1979 ging der BEK auf Distanz zu einer vom Nationalrat der Nationalen Front der DDR initiierten, DDR-weiten Unterschriftensammlung. Mit ihr sollte der Abrüstungsvorschlag der UdSSR unterstützt werden, den Leonid I. Brežnev während seines DDR-Besuches (4.-8.10.1979) unterbreitet hatte.

10 Gemeint ist der Schriftsteller Stefan Heym (1913-2001). 1971 war sein Roman „Collin“ in der Bundesrepublik erschienen. Im gleichen Jahr wurde er wegen „Devisenvergehens“ verurteilt. Sein Roman „Ahasver“ erschien zuerst ebenfalls in der Bundesrepublik. Wie andere bei der DDR-Führung in Ungnade gefallene Schriftsteller und Künstler wurde Stefan Heym zu Lesungen in Kirchengemeinden in der DDR eingeladen.

11 Haus- oder Akademikerkreise waren eine besondere Form der übergemeindlichen kirchlichen Arbeit mit Laien. Die Teilnehmer trafen sich in Privatwohnungen.

12 Gemeinsamer Hirtenbrief zur österlichen Bußzeit vom 25.1.1981 „Haben Christen noch eine Chance in der DDR?“.

Zu einigen Problemen kirchlicher Jugendarbeit:

Seit Jahren orientieren die Kirchen in ihrer Gesamtheit auf eine Ausweitung und Qualifizierung kirchlicher Jugendarbeit.

Dazu wurden entsprechende Konzeptionen erarbeitet und Ausbildungsmöglichkeiten für qualifizierte Kader geschaffen (z. B. Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogen in Potsdam-Hermanswerder).

Bekannt gewordene Aktivitäten insbesondere feindlich-negativer kirchlicher Kräfte zielen dabei auf eine Mobilisierung jugendlicher Personen gegen die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR ab, wobei eine Vielzahl kirchlicher Mitarbeiter versuchte, zu diesem Zweck sogenannte moderne, jugendgemäße Formen des kirchlichen Lebens zu entwickeln. Ein großer Teil dieser Personen ist relativ jung und wurde in innerkirchlichen Ausbildungsstätten ausgebildet. Ihre Aktivitäten richten sich auf die Gewinnung von Jugendlichen und Jungerwachsenen aller gesellschaftlichen Bereiche, wobei sie geschickt an die z. T. ungefestigte Persönlichkeit Jugendlicher, ihre fehlende Lebenserfahrung und Oppositionshaltung anknüpfen und ihre Arbeit so interessant und „jugendgemäß“ wie möglich gestalten.

Dazu gehören die Bildung und Aktivierung spezieller Arbeitskreise, das überörtliche Zusammenwirken, die „beratende“ Unterstützung negativer Auffassungen und Handlungen Jugendlicher, die umfangreiche Propagierung und Ausweitung der sogenannten „Offenen Jugendarbeit“¹³ und vieles andere mehr. Vorrangig wird die Arbeit in den „Jungen Gemeinden“ dafür genutzt.

Unter der Bezeichnung von Jugendevangelisationswochen, Werkstattwochen oder -tagen, Jazz-Blues-Messen, Rock-Meditations-Gottesdiensten [*handschriftlich eingefügt: Öku- u. Friedensseminare u. Menschenrechtsseminare*] werden Jugendgroßveranstaltungen mit hohen [*handschriftlich überschrieben: schwankenden*] Teilnehmerzahlen (zum größten Teil nicht religiös gebundene, häufig asoziale bzw. kriminell gefährdete Jugendliche und Jungerwachsene) durchgeführt. Dabei wird die Tendenz sichtbar, daß die Verantwortlichen für innerkirchliche Jugendarbeit ihre Kompetenzen weit überschreiten und Arbeits- und Organisationsformen einer kirchlichen Jugendorganisation praktizieren.

[*Die folgende Passage ist handschriftlich durchgestrichen worden:*]

Insbesondere in letzter Zeit wurden bei einer wachsenden Zahl von kirchlichen Massenveranstaltungen mit Jugendlichen Erscheinungen von verdeckter Hetze, Verleumdung und Diffamierung der DDR festgestellt. Wenn auch die Organisatoren solcher Aktivitäten bewußt versuchen, sich unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz zu bewegen und den staatlichen Organen keinen offiziellen Anlaß zum Einschreiten zu geben, gab es in jüngster Vergangenheit immer häufiger auch Aussagen, die Strafrechtsbestandsmerkmale tangierten bzw. erfüllten.

13 Unter Offener Jugendarbeit verstand man die Arbeit auch mit nichtkirchlichen Jugendlichen. Dabei ging es oft auch um Themen, die nicht vordergründig religiösen Charakter hatten (Ökologie, Frieden, Alkoholismus, Homosexualität, Generationskonflikte usw.).

Solche Veranstaltungen sind z. B. die Bluesmessen von Pfarrer EPPELMANN,¹⁴ Berlin, die „June“-Veranstaltungen von Pfarrer SCHILLING in Friedrichroda,¹⁵ die Evangelisationsveranstaltungen von Pfarrer [Uwe] LEHMANN in Dresden (bekannt in den 70er Jahren durch „Gottesdienst einmal anders“), die „Evangelische Jugendwoche“ im März 1981 in Halle, die Jugendveranstaltung „Anstiftung zum Frieden“ in Jüterbog u. a. m., wobei durch die Einflechtung von Gebeten, Fürbitten u. a. versucht wird, den Schein einer religiösen Veranstaltung zu wahren.

Die Organisatoren haben dazu besonders aktive Jugendliche einbezogen, arbeiten mit solchen „Kerngruppen“ oder „Vorbereitungsgruppen“ konzeptionell und wirken häufig überörtlich zusammen.

Bei Aussprachen von Vertretern des Staatsapparates mit leitenden kirchlichen Amtsträgern¹⁶ über die verschiedensten Erscheinungen des Mißbrauchs kirchlicher Jugendarbeit gegen die DDR werden solche Aktivitäten weitgehend zu bagatellisieren versucht.

Zu einigen Problemen der sogenannten kirchlichen Friedensarbeit:

In zunehmendem Maße wird die kirchliche Friedensarbeit von negativ-feindlichen Kräften genutzt, um die Kirche auf einen Konfrontationskurs gegen den Staat zu drängen, öffentlichkeitswirksame Aktionen zu starten und die Friedens- und Verteidigungspolitik der DDR zu diffamieren.

Vorrangig befassen sich das Evangelische Jungmännerwerk der DDR, bei dem eine spezielle Arbeitsgruppe „Friedensdienst“ besteht, und die bei einigen Evangelischen Studentengemeinden existierenden „Arbeitskreise Frieden“ mit dieser Problematik. Hier zeigt sich deutlich die Unterwanderung kirchlich legitimer Arbeitsformen.

Die Palette der dabei angewandten Formen und Methoden zur Beeinflussung junger Menschen ist sehr vielfältig und reicht von der „Betreuung“ christlicher Jugendlicher im Zusammenhang mit der Ableistung des Wehrdienstes bis zum Umtausch von „Kriegsspielzeug“ in „Friedensspielzeug“.

Typisch für das Vorgehen solcher Kräfte war die Vorbereitung eines „Offenen Briefes“ zur kirchlichen Friedenserziehung durch Seminaristen des Katechetischen Oberseminars Naumburg. Dieser sollte innerhalb der evangelischen und der katholischen Kirche verbreitet werden. In diesem Brief wurde u. a. der Willen der Seminaristen des Katechetischen Oberseminars Naumburg bekundet, „nicht mehr durch die Vernichtungsmaschinerie des Schreckengleichgewichtes

14 Die von Pfarrer Rainer Eppelmann (Samariterkirche in Berlin) und anderen organisierten Bluesmessen, die seit 1980 eine große Zahl von Jugendlichen anzogen, erregten in besonderer Weise das Missfallen der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit.

15 Pfarrer Walter Schilling (Braunsdorf) gilt als maßgeblicher Inspirator, Organisator und Repräsentant der Offenen Arbeit in Thüringen und darüber hinaus.

16 Gespräche zwischen Staat und Kirche fanden auf allen Ebenen statt. Die Warnung der Staatsvertreter vor dem Missbrauch kirchlicher Veranstaltungen gehörte dabei zum Ritual.

geschützt zu werden“, sich „nicht mehr direkt oder indirekt an der Aufrechterhaltung bzw. ideologischen Sanktionierung dieses Sicherheitsrisikos zu beteiligen“ und „den Friedensdienst ohne Waffe als das deutlichere Zeugnis des gegenwärtigen Friedensangebotes unseres Herrn zu betrachten“.

Bedeutsam sind auch weitere Aktivitäten evangelischer kirchlicher Kreise zur Einrichtung eines „Sozialen Friedensdienstes“ als „Alternative“ zum Wehr- und Wehrersatzdienst.¹⁷ Insbesondere in den letzten Wochen wurden dazu von negativen Kräften der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen Aktivitäten bekannt, die darauf abzielen, eine bestimmte Massenwirksamkeit zu erreichen. Eine textliche Fassung des sogenannten Alternativvorschlages wurde in kirchlichen Gremien fast aller Bezirke der DDR zur Diskussion gestellt (siehe auch entsprechende Parteiinformation Nr. 346/81 vom 7.7.1981).

Seit einiger Zeit spielen Versuche kirchlicher Gremien und Personen, sich für ökologische Probleme zu interessieren und zu engagieren, eine zunehmende Rolle. Dabei werden Diskussionen und Tendenzen, die in der BRD eine Rolle spielen (z. B. im Zusammenhang mit allen Problemen der Kernenergie, der Umweltverschmutzung), aufgegriffen und relativ kritiklos auf die Verhältnisse in der DDR anzuwenden versucht.

Z. B. wurde von verschiedenen kirchlichen Institutionen und Gruppen die Behandlung ökologischer Probleme in ihre Arbeitspläne aufgenommen. 1978 wurde ein kirchliches Forschungsheim der Kirchenprovinz Sachsen in Wittenberg gegründet, das sich mit Bildungs- und Forschungsarbeiten zum Problembereich „Christlicher Glaube und Naturwissenschaft“ befaßt, dazu Material erarbeitet und bereitstellt und mit Institutionen ähnlicher Zielstellung in der BRD kooperiert.

Mit diesen Aktivitäten soll kirchlicherseits offensichtlich eine Eigenkonzeption zu Fragen des Umweltschutzes realisiert werden, die z. T. mit Angriffen auf die Umweltschutzpolitik der DDR verbunden ist.

Hinweis zu weiteren bedeutsamen feindlich-negativen Aktivitäten kirchlicher Kreise:

Seit mehreren Jahren versuchen Personen, die rechtswidrig eine Übersiedlung in die BRD/WB [Westberlin] anstreben, u. a. durch eine teilweise weit unter ihrem Ausbildungsniveau liegende Tätigkeit im kirchlichen Bereich, die Chancen für die Realisierung ihres Vorhabens zu erhöhen.

Feindlich-negative kirchliche Kräfte, die ihre diesbezüglichen Aktivitäten u. a. mit „humanitärer Verpflichtung“ begründen, bieten solchen Personen Arbeitsmöglichkeiten an und unterstützen sie anderweitig durch solche Aktivitäten wie

¹⁷ Die SED-Führung lehnte einen zivilen Wehrersatzdienst außerhalb der Nationalen Volksarmee kategorisch ab. Wehrdienstverweigerern blieb neben dem Dienst in den Bausoldateneinheiten ohne Waffe als Ausweg nur die völlige Verweigerung.

- Zusammenführung in spezielle Gruppen,
- Beratung bei der Abfassung von Übersiedlungersuchen,
- Vermittlung von Kontakten zu Feindorganisationen wie „Hilferufe von drüben“ u. a.,
- Geldtransfer,
- Verwendung für inhaftierte Personen bei staatlichen Organen.

(Ein besonders krasse Beispiel des Mißbrauchs kirchlicher Tätigkeit ist das Vorhaben des Weißenfelder Pfarrers [...] ¹⁸, der Vorbereitungen traf, gemeinsam mit anderen religiös gebundenen Personen, die als rechtswidrige Antragsteller auf Übersiedlung bekannt sind, die Ständige Vertretung der BRD in der Hauptstadt der DDR zu besetzen, um die Übersiedlungsabsichten öffentlichkeitswirksam durchzusetzen.)

Obwohl von kirchenleitender Seite beider Konfessionen derartige Aktivitäten in der Regel nicht unterstützt werden und auch aus der Vergangenheit entsprechende Verlautbarungen mehrerer Kirchenleitungen bekannt sind, ist eine weitere Zunahme dieser Bestrebungen zu verzeichnen.

Durch die Wirkung ständiger, von der BRD ausgehender ideologischer Einflüsse, durch die von den Kirchen selbst vertretenen und verbreiteten Ideologien und dadurch, daß negative Personen in den Kirchen eine bestimmte Möglichkeit sehen, „Opposition zu praktizieren“, wird immer wieder die Grenze der strafrechtlichen Relevanz überschritten und werden Religion und Kirche von einzelnen Personen für ihre feindliche Tätigkeit gegen die DDR mißbraucht.

(Z. B. Gruppierung um den Diakon für Jugendarbeit im Bezirk Halle, [...] ¹⁹, die auf der Basis einer politischen Plattform staatsfeindliche Aktivitäten gegen die DDR durchführte; Kleben von Hetzplakaten im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in Polen durch vier Mitarbeiter der kirchlichen Samariteranstalten in Fürstenwalde/Frankfurt/Oder).

In mehreren Strafverfahren wurde herausgearbeitet, daß kirchliche Amtsträger Kenntnis von durchgeführten oder geplanten Gesetzesverletzungen hatten und unter dem Deckmantel ihrer Schweigepflicht staatliche Organe darüber nicht informierten bzw. sogar andere Personen beeinflussten, ihrer Anzeigepflicht nicht nachzukommen. (Z. B. war den Pfarrern [...] und [...] /Karl-Marx-Stadt ²⁰ der Täter bekannt, der das Verbrechen gegen den Traditionspanzer in Karl-Marx-Stadt beging, ²¹ darüber hinaus beeinflussten sie andere Mitglieder der „Jungen Gemeinde“, ebenfalls keine Anzeige zu erstatten.)

¹⁸ Der Name ist in der vom Archiv bereitgestellten Kopie geschwärzt.

¹⁹ Der Name ist in der vom Archiv bereitgestellten Kopie geschwärzt, gemeint ist Diakon Lothar Rochau.

²⁰ Die Namen sind in der vom Archiv bereitgestellten Kopie geschwärzt.

²¹ Am späten Abend des 9.3.1980 verübte Josef Kneifel, Jg. 1942, in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) einen Sprengstoffanschlag auf ein Denkmal, das der Befreiung vom Faschismus gewidmet war. Es handelte sich um einen auf Sockel platzierten T-34-Panzer.

In den verschiedenen kirchlichen Kreisen, auch unter Laien, Jugendlichen, Wehrdienstverweigerern, Bausoldaten, übersiedlungswilligen Personen, Haus- und Akademikerkreisen, wurden Rechtsbelehrungen durchgeführt oder bei Bedarf juristische Beratungen vermittelt, z. T. mit der erklärten Zielstellung, daß diese Personen bei feindlichen Aktivitäten strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden können.

Bei eindeutigen Rechtsverletzungen im Rahmen kirchlicher Tätigkeit nehmen die Kirchenleitungen eine zwiespältige Haltung ein. Einerseits distanzieren sie sich zwar von den Straftaten, erklären jedoch andererseits, daß die Handlungen nicht Bestandteil kirchlicher Arbeit seien.

Zu einigen Aktivitäten kirchlicher Kreise im Zusammenhang mit der Entwicklung in der VR Polen

Trotz Zurückhaltung in der Öffentlichkeit beschäftigen sich leitende Gremien und Personen der evangelischen Kirchen in der DDR intensiv mit der Entwicklung in der VR Polen. Vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR wurden Bischof [Hans-Joachim] WOLLSTADT/Görlitz und Oberkonsistorialrat [Manfred] STOLPE/Berlin beauftragt, zur Aktivierung der Kontinuität der bisherigen Verbindungen zwischen den evangelischen Kirchen beider Staaten im Rahmen einer kurzfristigen Besuchsreise Sondierungsgespräche in Warschau zu führen. In deren Ergebnis wurde eine mündliche Übereinkunft getroffen, die Kontakte auf „Leiterebene“ fortzuführen und zu intensivieren.²² Darüber hinaus wurden inzwischen Maßnahmen zur materiellen Unterstützung evangelischer kirchlicher Kreise in der VR Polen mit Lebensmitteln eingeleitet.

Im Zusammenhang mit dem Besuch einer Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR in der VR Polen Mitte Juni 1981²³ ist beachtenswert, daß mit dem Polnischen Ökumenischen Rat vereinbart wurde, die Kontakte weiter zu vertiefen und zu intensivieren. Zu diesem Zweck ist vorgesehen, im Herbst 1981 eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, die darüber hinaus die inhaltlichen Aspekte der kirchlichen Tätigkeit festlegen soll.

Ersten internen Hinweisen zufolge beabsichtigte die Leitung der evangelischen Kirchen in der DDR, bei einer eventuellen „Intervention sozialistischer Länder gegen die VR Polen mit Erklärungen“ an die Öffentlichkeit zu treten.

Kneifel war bereits wegen Staatsverleumdung vorbestraft. Als Motiv für den Anschlag gab Kneifel, seit 1972 Ausreiseartragsteller, später an, gegen den sowjetischen Afghanistan-Einmarsch protestiert zu haben. Der Plan war indes älteren Datums. Nach längerer Suche wurde Kneifel ergriffen. Bei einem der genannten Pfarrer soll es sich um Superintendent Christoph Magirius gehandelt haben. Kneifel wurde im März 1981 zu lebenslanger Haft verurteilt, seine Frau als Mitwisserin zu zwei Jahren Haft. 1987 wurden beide von der Bundesrepublik freigekauft.

²² Die Reise fand im April 1981 statt. Die Übereinkunft wurde zwischen den Vertretern des BEK und dem Ökumenischen Rat der evangelischen Kirchen in Polen getroffen.

²³ Der Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitungen des BEK stattete dem Ökumenischen Rat in Polen vom 15. bis 19.6.1981 einen offiziellen Besuch ab.

Es ist zu verzeichnen, daß durch die Lage in der VR Polen offensichtlich auch die bekannten Internationalisierungsbestrebungen feindlich-negativer Kräfte unter dem Deckmantel kirchlicher Arbeit neu belebt wurden.

(z. B. Versuche der Organisierung oppositioneller Bewegungen in der DDR und deren Zusammenschluß mit gleichartigen Personenkreisen und -gruppierungen vorrangig in der CSSR und der VR Polen wie „Charta 77“, „KOR“²⁴ u. a.)

Spezielle Aktivitäten entwickelt die „Aktion Sühnezeichen“ in der DDR (Fachverband des Diakonischen Werkes/Innere Mission und Hilfswerk), die umfangreiche Verbindungen in die VR Polen unterhält. Im Januar 1981 fasste die „Aktion Sühnezeichen“ den Beschluß, eine „Aktionsgruppe Polen“ zu bilden, deren Aufgabe die Erarbeitung von Texten und Dokumentationen zur Vorbereitung kirchlicher Veranstaltungen zum Thema Polen sein soll. Das Mitglied des Leitungskreises, Pfarrer [Erich] BUSSE, ist beauftragt, diese Aktionsgruppe zu leiten.

Weiter sollen sogenannte Informationsabende über die VR Polen organisiert werden, bei denen vorwiegend kirchliche Jugendliche und Studenten „im kleinen Kreis über die Situation informiert“ werden. Dabei gibt es Versuche, auch polnische Bürger einzubeziehen. Außerdem hat die Leitung der „Aktion Sühnezeichen“ in Abstimmung mit politisch negativen Personen aus der VR Polen polnische Bürger für eine Teilnahme an ihren sogenannten Aufbaulagern in der DDR eingeladen.

Vorschläge zur konsequenteren Durchsetzung der Politik von Partei und Regierung in Kirchenfragen

Den Versuchen internationaler kirchlicher Leitungsgremien, gemeinsam gegen Maßnahmen und Beschlüsse der Regierungen sozialistischer Länder vorzugehen, sollte durch abgestimmtes Handeln, besonders der Staatsämter für Kirchenfragen und der Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten auf außenpolitischem Gebiet stärker entgegengewirkt werden.

Vorliegenden Hinweisen zufolge erscheint es erforderlich, in allen staatlichen Einrichtungen und Institutionen immer wieder ideologische Klarheit darüber zu schaffen, daß Entscheidungen über und zu kirchlichen Personen, Veranstaltungen, Konferenzen, Reisegenehmigungen u. a. (ungerechtfertigte Behinderung kirchlicher Handlungen und kirchlicher Reisetätigkeit, Ablehnung von Studienbewerbungen kirchlich gebundener Personen) letztlich staatspolitische Entscheidungen sind und sektiererische Handlungen sowie die Mißachtung verfassungsgemäß fixierter Rechte und Pflichten der Kirchen und Religionsgemeinschaften geeignet sind, das Verhältnis Kirche-Staat zu belasten.

24 KOR – Komitet Obrony Robotników, Komitee zur Verteidigung der Arbeiter. Es konstituierte sich am 23.9.1976 mit dem Ziel, die nach Protesten und Streiks im Juni 1976 repressierten Arbeiter und ihre Familien zu unterstützen. Nach einer Amnestie bildete es sich 1977 um in das Komitee zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung, genannt KSS „KOR“.

Kirchliche Amtsträger in der DDR sollten entsprechend ihrer politischen Haltung zur DDR, ihres Engagements im Friedenskampf, ihrer Einflußmöglichkeiten in den entsprechenden Gremien oder ihrer bisherigen ablehnenden oder antisozialistischen Stellung differenzierter behandelt werden. Das sollte sich z. B. beziehen auf

- Reisegenehmigungen in das kapitalistische Ausland und in die VR Polen,
- die Erteilung von Genehmigungen für den Bau kirchlicher Objekte sowie zur Einfuhr von Fertigteilwohnhäusern aus nichtsozialistischen Staaten,
- die Erteilung von Druckgenehmigungen für Presseerzeugnisse,
- die Erteilung zur Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen in kircheneigenen Räumlichkeiten (differenzierte Anwendung der Veranstaltungsverordnung).

Zur Unterstützung der abgestimmten Außenpolitik der sozialistischen Länder – insbesondere im Zusammenhang mit dem Kampf um Frieden und Abrüstung – sollten solche kirchlichen Gremien wie die „Christliche Friedenskonferenz“ und die „Berliner Konferenz Europäischer Katholiken“ mehr als bisher für sozialistische Friedensinitiativen gewonnen werden. (z. B. durch materielle und finanzielle Unterstützungen sowie Orientierung auf progressive Personen und Personengruppen.)

Das Ministerium für Gesundheitswesen sollte bei der vertraglich geregelten Einbeziehung der Diakonischen Einrichtungen der Kirchen in die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung der DDR noch stärkeren politischen Einfluß geltend machen.

Vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ausgehend sollte in Durchsetzung entsprechender Festlegungen darauf hingewirkt werden, daß sich im Ausland auf Dienstreise befindliche kirchliche Amtsträger bzw. Vertreter religiöser Gemeinschaften bei der jeweiligen diplomatischen Vertretung der DDR anmelden. Andererseits sollten die diplomatischen Vertretungen der DDR ebenfalls Aktivitäten entwickeln, um mit den kirchlichen Personen, die sich im Ausland aufhalten, Kontakte zu unterhalten.

In enger Zusammenarbeit mit dem MfAA [Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten] sollte eine differenziertere Genehmigung der Einreisen auch akkreditierter Journalisten zu Berichterstattungen, Interviews, Tagungsteilnahmen und anderen journalistischen Unternehmungen im kirchlichen Bereich in der DDR durchgesetzt werden.

Die Ministerien für Volksbildung und Hoch- und Fachschulwesen sowie der Zentralrat der FDJ sollten abgestimmt dahingehend zusammenwirken, Lehrkräfte und Studenten der Theologischen Sektionen besonders in die sozialistische Friedensarbeit, in Bestrebungen zur Gewinnung progressiver Kräfte in den kirchlichen Gremien sowie in den bestehenden kirchlichen Ausbildungsstätten einzubeziehen und gleichzeitig für die Zurückdrängung negativer Kräfte zu nut-

zen. Von diesen Kräften ausgehend, sollten über progressive Personen und Personengruppen die Einflußbereiche der Studentenpfarrer an den Universitäten der DDR (die z. B. eine aktive Partnerschaft mit der BRD betreiben) zurückgedrängt werden. Damit zu verbinden wäre eine entschiedenerer Einschränkung der Aktivitäten der ESG/KSG-Arbeit²⁵ als vorbeugende Verhinderung der negativen Beeinflussung des kirchlich gebundenen wissenschaftlichen Nachwuchses der DDR.

Der Zentralrat der FDJ sollte im Zusammenwirken mit der GST [Gesellschaft für Sport und Technik], dem Kulturbund, der URANIA u. a., an den Konzentrationen der Jugend (Schulen, Universitäten, Wohngebiete, Großbetriebe) stärker auf die Gestaltung einer solchen Jugendarbeit Einfluß nehmen, die die Jugend negativen kirchlichen Einflüssen entzieht und geeignet ist, religiös gebundene Jugendliche für eine gesellschaftliche Mitarbeit zu gewinnen.

Das Ministerium für Kultur sollte stärker als bisher die Möglichkeit der Einbeziehung kirchlicher Personen bzw. Institutionen in allgemeine kulturhistorische und kulturelle Vorhaben prüfen (z. B. Luther-Jubiläum). Gleichzeitig sollte größerer Einfluß auf die Zulassung bzw. Lizenzierung kirchlich ausgerichteter Musikgruppen bzw. Schriften ausgeübt werden.

Das Ministerium des Innern sollte verstärkt auf die einheitliche, staatspolitischen Erfordernissen entsprechende Anwendung der Veranstaltungsverordnung den Kirchen und Religionsgemeinschaften gegenüber Einfluß nehmen.

Durch das staatliche Archivwesen in der DDR sollten konkrete Vereinbarungen mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften getroffen werden, um Kenntnis über kirchliche Archivmaterialien zu erhalten und bessere Möglichkeiten für deren systematische Nutzung durch Staatsarchive zu schaffen.

Das Ministerium für Nationale Verteidigung sollte in Abstimmung mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen bei der Einhaltung der Wehrpflicht kirchenpolitische Gesichtspunkte stärker beachten (z. B. keine Einberufung von Pfarrern).

Durch die Justizorgane der DDR und das MdI [Ministerium des Innern] sollten Überlegungen angestellt werden, in welcher Form bestimmte Probleme exakten gesetzlichen Regelungen zugeführt werden können. (Z. B. rechtliche Grundlagen für das Bestehen kirchlicher Ausbildungsstätten, Fragen, die mit der Nutzung bzw. Verpachtung kirchlichen Eigentums zusammenhängen, zweckentfremdete Nutzung diakonischer Werke, Wirken kirchlicher Jugendvereinigungen an staatlichen Einrichtungen.)

Quelle: BStU, MfS-HA XX/4, Nr. 3238, S.24-42.

25 Gemeint ist die Arbeit der Evangelischen und der Katholischen Studentengemeinden (ESG und KSG).